

Referat

von Frau **Conny Mayer** MdB,

am 13. Mai 2003

auf dem internationalen Kolloquium

**STABILITÉ POLITIQUE ET DÉVELOPPEMENT :
L'APPORT DE LA DOCTRINE SOCIALE DE L'ÉGLISE**

**POLITISCHE STABILITÄT UND ENTWICKLUNG :
DER BEITRAG DER CHRISTLICHEN SOZIALLEHRE**

Titel des Referats:

**„Das Recht politischer und wirtschaftlicher Intervention aus humanitären
Gründen. Vorbeugen ist besser als heilen“**

- Einleitung und Redeüberblick 2
- Humanitäre Katastrophen durch neuer Konflikt- und Bedrohungsformen 3
- Krieg als Ultima Ratio von Politik 4
- Die christliche Soziallehre als Grundlage von Entwicklungspolitik 6
- Prävention statt Intervention 7

Einleitung und Redeüberblick

"Das Recht auf politische und wirtschaftliche Einmischung aus humanitären Gründen. Vorbeugen ist besser als heilen."

Dieses Thema ist, wenige Wochen nach dem Irak-Krieg aktueller denn je. Die Fragestellung meines Vortrages ist - aber auch im Blick auf viele westafrikanische Länder - ein zentrales Thema von andauernder Aktualität.

Ich glaube, beide Aspekte des Themas – die Frage nach Intervention aber auch die Frage nach Prävention – sind wichtig und müssen als zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden.

Erstens: "Das Recht auf politische und wirtschaftliche Einmischung aus humanitären Gründen"

Die Frage also, ob und zu welchem Zeitpunkt Staaten oder die internationale Völkergemeinschaft das Recht haben, sich aus humanitären Gründen in die Souveränität eines anderen Staates einzumischen. Dabei will ich versuchen, der Frage nachzugehen, welche Krieg- und Konfliktformen sich seit Ende des Ost-West entwickelt haben und politische Intervention notwendig und manchmal auch Krieg als Ultima Ratio unumgänglich machen.

Der zweite Punkt des Vortrages aber heißt: "Vorbeugen ist besser als heilen ..."

Als Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages ist mir dieser Gesichtspunkt sehr wichtig.

Wie kann verhindert werden, dass politische Intervention überhaupt notwendig wird? Oder anders formuliert: Welche Instrumente stehen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland, und Organisationen wie der Europäischen Union oder der UNO zur Verfügung, um Krieg zu verhindern.

Wie kann vorgebeugt werden, dass ethnische Konflikte aufbrechen, eskalieren und derart unbeschreibliche Ausmaße annehmen?

Welchen Beitrag können wir dazu leisten, dass schwere Menschenrechtsverletzungen, die Tag für Tag auf dem afrikanischen Kontinent und überall auf der Welt begangen werden, verhindert werden?

Humanitäre Katastrophen durch neuer Konflikt- und Bedrohungsformen

Mit dem Ende des Ost-West Konfliktes hat sich die internationale Staatenordnung verändert:

„Klassische Kriege“, bei denen sich zwei Staaten gegenüber stehen, werden weniger. Ihre Zahl hat mit Fall des eisernen Vorhanges abgenommen. Zu diesen zwischenstaatlichen Brandherden zählt beispielsweise der Konflikt zwischen Indien und Pakistan, bei dem nukleare Waffen ein großes Gefahrenpotential darstellen.

Mit einem Rückgang von militärischen Auseinandersetzungen zwischen zwei Staaten geht leider nicht das Phänomen der Gewaltanwendung in der internationalen Politik zurück. Der häufigster Kriegstyp ist mittlerweile ein innerstaatlicher Krieg. Hier stehen sich nicht zwei Armeen gegenüber. Diese Ausprägung des Konfliktes führt aber im selben Ausmaß zu humanitären Katastrophen und unendlichem menschlichen Leid.

Die Ursachen dieser innerstaatlichen Konflikte sind vielfältig:

Grundlage können ethnische Konflikte sein oder schlicht das Regime eines Diktators. Fundamentalismus, ideologischer oder religiöser Extremismus bieten Konfliktpotential. Aber auch Umweltzerstörung und die Verknappung lebenswichtiger Ressourcen können weitere Gründe sein.

Eine völlig neue, zutiefst erschreckende Globalisierungsvariante in Form des internationalen Terrorismus ist unser Blickfeld getreten. Die Terroranschläge in den USA und der anschließende weltweite Kampf gegen den internationalen Terrorismus

haben gezeigt, wie abhängig Sicherheit, Wachstum und Frieden in den Industrieländern von der Situation in anderen Erdteilen sind.

Zusätzlich findet eine Privatisierung von Gewalt durch substaatliche und nichtstaatliche Akteure statt. Immer öfter erleben wir eine Vermengung von Kriegshandlungen und Verbrechen. Denken Sie an das international agierende Terroristennetzwerk Al Quaida.

Hinzu kommt: die Verbreitung und Verfügbarkeit von Waffen, bis hin zu Massenvernichtungsmitteln, hat neue Dimensionen angenommen. Waffen sind nicht länger automatisch im Besitz von Staaten und Armeen und damit zumindest teilweise berechenbar.

Zudem wird immer mehr die weltweite Ungleichheit zum Sprengstoff werden. Wenn Menschen für sich keine Perspektiven sehen, weil sie keinen Zugang zu Bildung haben, zu Einkommen, zu politischer Teilnahme, dann kann dies in der Tat langfristig zu einem weltweiten „Flächenbrand“ werden.

Bezeichnend finde ich es, dass im Gegensatz zu früheren Konstellationen heute die schwachen Staaten zum Problem für die internationale Stabilität werden. Sie bieten Nährboden für innerstaatliche oder substaatliche Gewaltakteure. Diese Gewaltakteure agieren entweder innerhalb der sogenannten „failed states“ als „war lords“ oder exportieren Gewalt in andere Länder.

Deshalb bin ich überzeugt, dass Prävention und Vorbeugen immer auch als Teil der eigenen, staatlichen Sicherheitsstrategie angesehen werden muss.

Krieg als Ultima Ratio von Politik

Politische Intervention, ja manchmal sogar militärisches Einschreiten, lässt sich bei der beschriebenen Bedrohungslage leider nicht immer verhindern. Denken Sie an Ruanda oder den Kosovo. Und: Wieviel Leid hätte verhindert werden können, hätte

die internationale Staatengemeinschaft vor dem zweiten Weltkrieg viel früher interveniert und Hitler und den Nationalsozialisten Einhalt geboten?

Die beschriebenen neuen Konflikte und Kriege machen – und das hat sich eben auch mit Ende des Ost-West-Konfliktes nicht geändert - wirksame Instrumente der politischen Intervention notwendig. Gefordert sind heute auch neue Formen der politischen Einmischung.

Es eine Vielzahl von diplomatischen und wirtschaftlichen Interventionen um eine Eskalation von Konflikten zu stoppen oder wenigstens einzudämmen:

Das können Vermittlungsangebote sein oder die Bereitschaft zur Moderation.

Die Aufhebung oder Aussetzung von Verträgen und der bilateralen oder multilateralen Zusammenarbeit ist ein weiteres Instrument.

Es ist denkbar, den Botschafter aus dem Land zu weisen oder diplomatische Vertretung zu schließen.

Wirtschaftliche Sanktionen sind ein weiterer Schritt um zu intervenieren.

Ist das alles ohne Erfolg, seien es politische, juristische, wirtschaftliche Sanktionen, kann die letzte Form von politischer Einmischung die militärische Intervention sein.

Grundsätzlich - so sagt es die UN-Charta - also sollte eine Staat keinen anderen angreifen oder ihn in seiner Souveränität verletzen.

Das Völkerrecht macht hiervon zwei Ausnahmen:

➤ Erstens:

Das Recht auf Selbstverteidigung. Ein Staat hat, wenn er angegriffen wird, das Recht sich zu verteidigen. Dies gilt auch, wenn ein Angriff droht oder gar absehbar ist.

➤ Zweitens:

Gewaltfreiheit wird zum Gewaltmonopol der UN wenn eine Bedrohung des internationalen Friedens besteht. Dann muss der Sicherheitsrat über diese Bedrohung einig sein und dies ohne Veto so beschließen.

Die klassische theologische Lehre hat ebenfalls eine Reihe von Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, um militärische Intervention zu rechtfertigen. Ich will nur auf das erste eingehen, weil es das Völkerrecht unterstreicht und ergänzt:

Das Eingreifen mit Waffengewalt ist nur dann legitim, wenn ein „gerechter Grund“ vorliegt. Die Gefahr von schwersten Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord oder ethnische Säuberungen sind die einzigen rechtfertigenden Gründe.

Und lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zum Irak machen: Waren die oben beschriebenen Kriterien für eine militärische Intervention erfüllt? Waren alle, wirklich alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft? und War das Vorgehen der USA und seiner Verbündeten zum jetzigen Zeitpunkt somit wirklich die Ultima Ratio? Ich meine nein!

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Grundlage einer militärischen Intervention kann und darf niemals nur das Eigeninteresse eines Staates sein.

Militärische Intervention, ich sage dies in aller Deutlichkeit, kann nur die Ultima Ratio, also das letzte Mittel politischen Handelns, sein.

Die christliche Soziallehre als Grundlage von Entwicklungspolitik

Neben dieser Notwendigkeit der politischen und militärischen Intervention scheint mir aber wichtig zu sein, den Gedanken „Vorbeugen ist besser als heilen ...“ ernst zu nehmen.

Ich will an das Thema dieser Tagung hier erinnern: "Politische Stabilität und Entwicklung: Der Beitrag der christlichen Soziallehre".

- Ist es nicht aus christlich-humanitären Gründen unsere Aufgabe, zu helfen, ja zu verhindern, dass es zur Notwendigkeit einer politischen Intervention erst kommt?
- Ist es nicht unsere Pflicht, die Menschenrechte aller zu bewahren und Solidarität zu üben mit denen, die der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Ich meine ja!

Die christliche und insbesondere die katholische Soziallehre stellt die Solidarität und Subsidiarität in den Mittelpunkt. Subsidiarität heisst:

Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir die Pflicht zur Eigenverantwortlichkeit für uns selbst und Andere.

Der zweite Gedanke ist die Solidarität, dass heißt die Pflicht des Menschen zum umfassenden Füreinanderstehen. Solidarisch sein heißt deshalb für mich, für die Schwachen und Benachteiligten einzustehen. Dies im kleinen Rahmen in der Familie und im Freundeskreis genauso wie übertragen auf kommunale Strukturen und ganze Staaten.

Solidarität aber hört nicht an Landesgrenzen auf, sondern heißt auch ein Miteinander und Füreinander von arm und reich.

Prävention statt Intervention

- Vor dem Hintergrund der beschriebenen neuen Kriegs- und Konfliktformen und ihrer vielfältigen Ursachen und
- vor dem Hintergrund der begrenzten Wirkung von politischer Einmischung
- und vor dem Hintergrund des christlichen Werteverständnis

müssen wir - davon bin ich fest überzeugt – noch engagierter als bislang dem Vorbeugen eine höhere Aufmerksamkeit einräumen.

Prävention statt Intervention!

Unter Krisenprävention verstehe ich sowohl das systematische und vorausschauende Bemühen der internationalen Gemeinschaft oder einzelner Staaten, gewaltträchtige Krisen zu vermeiden als auch die Transformation von gewaltsam ausgetragenen Konflikten in friedliche Lösungsformen.

Prävention ist daher weniger ein eigenständiges Handlungsfeld sondern vielmehr eine neue Perspektive auf Politik. Denn die schon beschriebenen neuen weltweiten Herausforderungen verlangen nach neuen Lösungsansätzen.

Prävention ist eine Querschnittsaufgabe bei der Außen-, Finanz-, Umwelt-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gleichermaßen gefragt sind. Gerade das Zusammenspiel der verschiedenen Politikfelder ist der Schlüssel für eine strukturelle und nachhaltige Konfliktprävention.

Folgende Punkte halte ich für zentral, wenn wir Entwicklungspolitik als strategisch ausgerichtete Vorgehensweise verstehen und nicht nur kurzfristig Hilfe leisten wollen bei humanitäre Katastrophen. Dabei ist der politische Wille zu konstruktiver Einflussnahme von entscheidender Bedeutung:

1. Richtig ist: Kriege und innerstaatliche Krisen können die Erfolge langjähriger Entwicklungszusammenarbeit zunichte machen. Aber genauso können durch Entwicklungszusammenarbeit Konflikte verhindert werden.
2. Ich bin der Überzeugung, dass eine umfassendere Interpretation von „Wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung“ dringend notwendig ist. Ich sehe neben klassischen Aufgaben wie der Armutsbekämpfung, der Aus- und Weiterbildung und der Gesundheitsfürsorge auch die Vernetzung der Entwicklungspolitik mit außenwirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen, aber auch außenpolitischen und sicherheitspolitischen als wesentliche Zielsetzungen.

3. Bei allem muss uns bewusst sein: Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nicht alles leisten. Gerade Länder wie Deutschland, die engagiert und mit hohen Beträgen unterstützend tätig sind dürfen keine zu hohen Erwartungen wecken.
4. Den Kirchen kommt bei der Entwicklungsarbeit eine zentrale Rolle zu. In den Geberländern als leistungsfähiger Partner und in den Nehmerländern als Projektträger. Zu den Kirchen und kirchlichen Projekten haben Menschen Vertrauen und fühlen sich aufgehoben. Und dies ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen.
5. Wir brauchen den weiteren Abbau von Handelshemmnissen. Dazu gehört auch eine Reform des europäischen Agrarmarktes. Und aus eigener Erfahrung aus Debatten im Deutschen Bundestag weiss ich: dies sehen nicht alle so, gerade in Deutschland gibt es starke Interessensverbände, die dies ablehnen. Es muss endlich ernst gemacht werden mit dem Abbau von Subventionen und Protektionismus.
6. Ein weiteres zentrales Thema, ist die Entschuldung Wir müssen die ärmsten Entwicklungsländer entschulden, dies aber nur in einem sinnvollen Rahmen. Dies bedeutet, dass nur dort entschuldet wird, wo eine Gute Regierungsführung sicher gestellt ist, so dass die finanzielle Entlastung vor allem der Entwicklung der breiten Bevölkerung, der wirtschaftliche Gesundung des Landes und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zugute kommt.
7. Die Bedeutung Internationaler Organisationen nimmt weiter zu. Die Rolle der unterschiedliche Organisationen gilt es zu stärken. Bereits jetzt engagiert sich Deutschlands in den multilateralen Entwicklungsinstitutionen wie z.B. der Weltbank, UNDP, den regionalen Entwicklungsbanken oder der EU-Kommission in hohem Maße. Aber: Vielen dieser Institutionen wird immer wieder unzureichende Arbeitsqualität und mangelnde Abstimmungsbereitschaft vorgeworfen. Wir müssen deshalb noch mehr Engagement als bisher dafür aufwenden, die multilaterale

Entwicklungszusammenarbeit zu reformieren und die sinnvolle Verwendung von Beiträgen kontrollieren. Dies erfordert jedoch viel mehr Personaleinsatz, Mitarbeit und politische Einflussnahme.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem Zitat schließen:

„Der Aufbau des Friedens ist eine ständige Verpflichtung, und die Situation in diesen Tagen zeigt dies auf dramatische Art und Weise“

Das sagte Papst Johannes Paul II vor wenigen Tagen. Und lassen Sie mich ergänzen:

Nicht nur der Aufbau des Friedens sondern auch der Aufbau einer gerechteren Welt, ist eine ständige Verpflichtung. Der Aufbau einer Welt, in der alle Kinder lesen und schreiben lernen, in der jeder versorgt und behandelt wird wenn er krank ist und eine Welt, in der nicht ein Teil der Welt im Überfluss und der andere Teil in Armut lebt. Dies, meine Damen und Herren ist eine Verpflichtung für die es lohnt sich einzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.